

AKTUELL

EU-ASYLPOLITIK

Schlimmer geht immer

Thorsten Fuchshuber

Verringerte Schutzstandards für Geflüchtete, mehr Abschreckung – das sind die Kernpunkte der vergangene Woche in Luxemburg erzielten Vereinbarung der EU-Mitgliedsstaaten für eine gemeinsame Asylpolitik. Doch Europas Rechte weiß, dass für sie noch mehr zu holen ist.

Es gehört zur eingeübten Rhetorik von Politiker*innen, die sich irgendwie als links oder humanistisch motiviert verorten, zu behaupten, dass es dank ihnen nicht noch schlimmer geworden sei, selbst wenn sie aus menschenrechtlicher Sicht für ein politisches Desaster mitverantwortlich sind. So auch bei dem sogenannten „Kompromiss“ der EU-Mitgliedsstaaten in der Asylpolitik, wo unter dem Titel „Reform“ wichtige Elemente des Asylrechts kassiert werden sollen. Die am Donnerstag vergangener Woche beim Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg getroffene Vereinbarung helfe, derzeitige „Probleme zu lindern, das heißt das Sterben im Mittelmeer, die Pushbacks und die unhaltbaren Zustände in Lagern wie Moria zu beenden“, so die Sozialdemokratin Katarina Barley, eine der Vizepräsident*innen des Europaparlaments, gegenüber der Berliner Tageszeitung „taz“. Außenminister Jean Asselborn sagte gegenüber „Radio 100,7“, er habe sich eine andere Regelung gewünscht. Dennoch habe Luxemburg den Text am Ende mitgetragen, weil eine gemeinsame europäische Asylpolitik („Pakt der Abschiebung“ in woxx 1599) besser sei als die aktuelle Situation.

Andere sind da weniger zimperlich: Die Regierungen Ungarns und Polens haben umgehend erklärt, dass sie nicht mitziehen, sondern vielmehr Widerstand organisieren werden. Ihnen geht die Vereinbarung, auf deren Grundlage ab dieser Woche mit dem Europaparlament und der EU-Kommission im sogenannten Trilog über eine EU-weit geltende Verordnung zur Durchführung von Asylverfahren und ein gemeinsames Migrationsmanagement verhandelt werden soll, nämlich nicht weit genug.

„Team Europa“ in Tunesien

Unter Vorsitz der migrationspolitisch immer schärfer agierenden Regierung Schwedens („Gipfel der Drohgebärden“ in woxx 1723) wurde festgehalten, dass Flüchtlinge, die auf dem Mittelmeer aus Seenot gerettet werden oder „illegal“ in die EU einreisen, einem sogenannten „Grenzverfahren“ zur Prüfung ihres Asylanspruchs

unterliegen sollen. Zunächst wird dann kontrolliert, ob ein Antrag auf Asyl umgehend abgelehnt werden kann, weil die betreffende Person beispielsweise über ein als „sicherer Drittstaat“ definiertes Land an die EU-Außengrenzen gelangt ist. Menschen aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent sollen ebenfalls pauschal ein Grenzverfahren durchlaufen. Dieses soll binnen drei Monaten abgeschlossen werden, die Abschiebung spätestens drei Monate später erfolgen. Das bedeutet im Fall eines negativen Entscheids bis zu sechs Monate Leben unter Haftbedingungen. Sind mehr als 30.000 Menschen in einem EU-Mitgliedsstaat in ein Grenzverfahren gelangt, sollen Flüchtlinge an andere Mitgliedsstaaten verteilt werden; eine Verantwortung, von der sich die einzelnen Länder für 20.000 Euro pro zugewiesenem Flüchtling freikaufen können.

Ländern wie Ungarn und Polen ist auch dieses „Schnäppchen“ noch zu viel. Besonders Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni wirbt derzeit offen für eine Lösung, die in EU-Kommission und Mitgliedsstaaten viele präferieren, nämlich das Problem der ungeliebten Flüchtlinge ganz auf Länder außerhalb der EU zu verlagern. Dabei denkt man vor allem an den Westbalkan und an Nordafrika. Gleich am Wochenende nach der Luxemburger Einigung hatte sich eine von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als „Team Europa“ getaufte Delegation, die neben Meloni und ihr selbst aus dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte bestand, auf den Weg nach Tunesien gemacht. 900 Millionen will die EU es sich kosten lassen, falls der autokratisch regierende Präsident Kais Saied für eine Blockade der durch sein Land führenden Fluchtrouten sorgt. Zwar sagte dieser vor dem Besuch, man sei nicht die Grenzpolizei der EU, doch die wirtschaftliche Situation des Landes und anstehende Wahlen im kommenden Jahr könnten ihn zum Umdenken bringen.

Wenig glaubwürdig erscheint unterdessen, dass dank dem „Kompromiss“ Zustände wie in den griechischen Flüchtlingslagern bald der Vergangenheit angehören. Allenfalls werden sie, aus EU-Perspektive, nach dem Vorbild der Türkei und Libyens, nun weiter exterritorialisiert. Und eine vorgesehene Umverteilung von jährlich gerade mal 30.000 Flüchtlingen – europaweit – wird Regierungen wie die griechische sicher eher zu einem verschärften Rückgriff auf Pushbacks animieren.

Bauen soll klimafreundlicher werden

(ja) – Die Luxemburger Baubranche soll künftig weniger Treibhausgase ausstoßen. Was die Klimakrise und diverse Gesetze zur Eindämmung derselben ohnehin gebieten, wurde am vergangenen Mittwoch von Energieminister Claude Turmes (Déi Gréng) gemeinsam mit Vertreter*innen des Conseil national pour la construction durable (CNCD) offiziell vorgestellt. Durch eine strenge gesetzliche Basis seien die in Luxemburg errichteten Gebäude energieeffizient, aber Baumaterialien, Baustellen und Abriss stießen noch viel Treibhausgase aus, so Turmes. Mit dem vorgestellten Fahrplan für kohlenstoffarmes Bauen soll sich das in den kommenden Jahren ändern. Dazu soll zum Beispiel eine Datenbank geschaffen werden, in der der Umweltimpact verschiedenster Baumaterialien abrufbar ist. Durch verschiedene Maßnahmen kann der Kohlenstoff-Fußabdruck von Baumaterialien verringert werden: So ermöglicht eine modulare, leicht veränderbare oder abbaubare Bauweise die leichte Wiederverwendung von Baustoffen. Um die Baustellen selbst klimafreundlicher zu gestalten, können Maschinen mit Elektroantrieb benutzt werden. Ein Vorbild hierfür sei die norwegische Stadt Oslo, die ihre Baustellen bis 2025 klimaneutral gestalten will.

Minerais de conflit : un long chemin vers la loi

(fg) – Deux ans après l'entrée en vigueur d'un règlement européen, le parlement luxembourgeois a adopté à l'unanimité ce mardi 13 juin une loi sur l'importation de certains minerais provenant de zones de conflit ou à haut risque. Les négociations, qui avaient débuté au niveau européen en 2014, visaient à fixer des obligations liées au devoir de diligence à l'égard de la chaîne d'approvisionnement pour les entreprises de l'Union européenne qui importent de l'étain, du tantal, du tungstène et de l'or. Ces minerais sont notamment indispensables à la fabrication des téléphones portables et des ordinateurs. Leur extraction provient souvent de petites et moyennes mines qui emploient massivement des enfants, dont les conditions de travail s'apparentent fréquemment à de l'esclavage et s'accompagnent de multiples violations des droits humains. Ces minerais sont l'enjeu de conflits dans plusieurs pays, à l'exemple de la République démocratique du Congo. Le délai extrêmement long pour aboutir à ce texte est vivement critiqué par la société civile. « Pour l'introduction de mesures contraignantes concernant 4 minerais de conflit, il aura fallu près d'une décennie avant qu'une telle législation n'arrive au Luxembourg : un très mauvais exemple pour les négociations dans le contexte d'un devoir de vigilance pour les entreprises au niveau de la directive européenne, qui est actuellement en négociation à Bruxelles », écrit ainsi Fairtrade Luxembourg dans un communiqué.

Sipri: Tickende Atombomben

(lm) – Die geopolitischen Spannungen mögen besorgniserregend sein, doch die Staaten unternehmen etwas: Sie investieren in Atomwaffen. So lautet die Quintessenz des diese Woche veröffentlichten Jahrbuchs des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (Sipri). Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine seien in fast allen untersuchten Aspekten von Rüstung, Abrüstung und internationaler Sicherheit erkennbar, heißt es im Vorstellungstext. Allerdings seien geopolitische Spannungen, Misstrauen und Uneinigkeit schon lange vor Russlands Invasion angewachsen. Die Zahl der verfügbaren nuklearen Sprengköpfe ist im vergangenen Jahr laut Sipri-Zählung um 86 gestiegen – nicht viel, verglichen mit dem Gesamtbestand von etwa 9500. Allerdings seien alle Atomstaaten dabei, ihre Arsenale zu modernisieren und teilweise zu vergrößern, so die Einschätzung des Sipri. Mit ihren Milliarden-Dollar-Programmen würden insbesondere die fünf vom Nichtverbreitungsabkommen anerkannten Atommächte sich immer weiter von ihrer vertraglichen Abrüstungspflicht entfernen. Als weitere Folge der Aufrüstungslogik wird es für das Institut immer schwieriger, Informationen über die nuklearen Arsenale zu bekommen, nicht nur von Nordkorea, China oder Russland, sondern auch von den USA und Großbritannien. „In diesen Zeiten von großen geopolitischen Spannungen und Misstrauen (...) sind die Risiken einer Fehlkalkulation, eines Missverständnisses oder eines Versehens unakzeptabel hoch“, so Sipri-Direktor Dan Smith. „Es gibt ein dringendes Bedürfnis, die nukleare Diplomatie wiederherzustellen und die internationale Kontrolle über Atomwaffen zu stärken.“